

Müller, Bernd

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreter der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Der Bürgermeister bittet um Erweiterung der Tagesordnung um TOP 6 „Dringliche Entscheidung: Grundstücksangelegenheiten Schloss“. Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Zur Beratung kommt daher folgende

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---|-------------------------|
| 1 | Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 | FB I/1445/2011 |
| 2 | Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Vorzeitige Genehmigung von Haushaltsmitteln | FB III/1460/2011 |
| 3 | Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Bestellung von Abwesenheitsvertretern des Bürgermeisters | RB/1429/2011/1 |
| 4 | Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Bestellung eines kommissarischen Vertreters für die Gesellschafterversammlung der BEW | RB/1452/2011 |
| 5 | Zusammenarbeit mit der Stadt Wipperfürth im Bereich Straßenverkehr und Bauaufsicht | RB/1456/2011 |
| 6 | Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW, überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Investitionsobjekt "Grundstücksangelegenheiten Schloß" | FB III/1462/2011 |
| 7 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|-------------------------|
| 1 | Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Vergabe von Bauleistungen Parkplatz Stadtstraße | FB III/1461/2011 |
| 1.1 | Dringliche Entscheidung gem § 60 Abs. 1 GO: Vergabe von Bauleistungen Parkplatz Stadtstraße | FB III/1465/2011 |
| 2 | Mitteilungen und Anfragen | |

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 Vorlage: FB I/1445/2011

Herr Schreiber erklärt, dass die CDU-Fraktion den vom Bürgermeister abgeschlossenen Zinsderivaten kritisch gegenüber steht. Man ist der Meinung, dass zumindest das letzte Geschäft dem Rat zur Zustimmung hätte vorgelegt werden müssen. Die CDU-Fraktion sieht sich noch nicht ausreichend über diese Geschäfte informiert. Daher wolle man die weiteren Beratungen in dem Arbeitskreis abwarten. Auch die weitere juristische Entwicklung soll vor dem Hintergrund des heutigen Urteiles des BGH abgewartet werden. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Fraktion dem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen und wird dem Bürgermeister auch keine Entlastung erteilen.

Daneben beantragt die CDU-Fraktion für das Haushaltsjahr 2011, dass der Ansatz für die Straßenunterhaltung um 690.000 Euro erhöht wird, um die Folgen des harten Winters zu beseitigen.

Zusätzlich soll der Raum hinter der Küche zum Heimatmuseum hinzugenommen werden und durch einfache Maßnahmen umgebaut werden. Dies könne mit ca. 10.000 Euro erreicht werden. Die CDU beantragt daher eine entsprechende Einplanung der Mittel in 2011.

Die Finanzierung soll durch eine vorzeitige Kapitalrückführung aus dem Abwasserbetrieb in Höhe von 700.000 Euro erfolgen.

Bei Berücksichtigung dieser Anträge könne die CDU dem Haushalt für das Jahr 2011 zustimmen.

Die FDP-Fraktion hat aufgrund der neuen Anträge Beratungsbedarf, so dass heute noch nicht über den Haushalt abgestimmt werden soll.

Herr Grasemann erklärt für die SPD-Fraktion, dass man aufgrund der CDU-Anträge zunächst ebenfalls Beratungsbedarf habe.

Herr Thiel teilt für die FaB-Fraktion mit, dass man entgegen der Aussage im letzten Ausschuss dem Haushalt nicht zustimmen werde und ebenfalls dem Bürgermeister keine Entlastung erteile. Die Informationen über die Zinsderivate seien aus seiner Sicht in der Vergangenheit ungenügend gewesen.

Herr Sabelek verweist für die Faktion B90/Grüne auf den Arbeitskreis Finanzen, in dem eine Lösung für das Problem der Derivate gesucht werden solle.

Herr Klewinghaus teilt für die UWG-Fraktion mit, dass der Rat immer über die aktuellen Entwicklungen informiert wurde. Auch er verweist auf den Arbeitskreis, der Ausstiegsszenarien entwickeln soll.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Vertrag, der nach dem Erlass zur Einbindung des Rates abgeschlossen wurde, nur eine Modifizierung eines bestehenden Vertrages gewesen sei, daher sei eine Beteiligung des Rates nicht notwendig

gewesen. Er verweist nochmals darauf, dass die Geschäfte aus damaliger Sicht sinnvoll gewesen seien. Die möglichen Auswirkungen seien der Verwaltung damals nicht bekannt gewesen, zumindest sei die Verwaltung nicht ausreichend informiert worden. Daher sieht er nach dem BGH-Urteil gute Chancen bei einem Verfahren gegen die WestLB. Ein Anwalt sei bereits beauftragt worden.

Bürgermeister Ufer weist darauf hin, dass auch andere Kommunen im Oberbergischen Kreis diese Geschäfte abgeschlossen haben. Im Gegensatz zu Hückeswagen werde dort aber nicht darüber gesprochen.

Es besteht Einigkeit, dass weitere Fragen und Lösungsmöglichkeiten zu den Zinsderivaten im Arbeitskreis Finanzen besprochen werden sollen, der zu diesem Zweck gebildet wurde.

Aufgrund der Anträge der CDU-Fraktion wird keine Empfehlung an den Rat abgegeben, um den anderen Fraktionen Möglichkeit zu Beratung zu geben. Die Anträge wird die CDU schriftlich nachreichen.

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst, die Entscheidung über den Haushalt soll in der Ratssitzung am 05.05. fallen.

**zu 2 Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Vorzeitige Genehmigung von Haushaltsmitteln
Vorlage: FB III/1460/2011**

Auf Nachfrage wird erläutert, dass es sich hierbei um einen eigenen Auftrag handele, daher müsse im nichtöffentlichen Teil noch die Auftragsvergabe erfolgen. Beim Rosengarten handele es sich nur um eine Auftragsverlängerung. Auf einen Tippfehler in der Vorlage (22.03. statt 22.02.) wird hingewiesen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW vorab die im Haushaltsentwurf 2011 eingeplanten Mittel für die Herstellung des Parkplatzes Stadtstraße bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 3 Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Bestellung von Abwesenheitsvertretern des Bürgermeisters
Vorlage: RB/1429/2011/1**

Beschluss:

Der Haupt und Finanzausschuss beschließt als dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, für den Fall der Verhinderung des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters Herrn Dietmar Persian als weiteren Vertreter des Bürgermeisters zu bestellen. Für den Fall der Verhinderung von Herrn Persian wird Herr Torsten Kemper als weiterer Vertreter des Bürgermeisters bestimmt. Die Bestellung wird kommissarisch für die Zeit der Erkrankung des allgemeinen Vertreters, Herrn Bernd Müller, vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

- zu 4 **Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO: Bestellung eines kommissarischen Vertreters für die Gesellschafterversammlung der BEW**
Vorlage: RB/1452/2011

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, Herrn Jörg Tillmanns für die Zeit der Erkrankung von Herrn Bernd Müller kommissarisch zum Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BEW Bergische Energie- und Wasser-GmbH zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

- zu 5 **Zusammenarbeit mit der Stadt Wipperfürth im Bereich Straßenverkehr und Bauaufsicht**
Vorlage: RB/1456/2011

Herr Ufer berichtet über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Wipperfürth. Die Vorlage heute solle dazu dienen, aufgrund der aktuellen Entwicklungen das weitere Vorgehen abzustimmen. Aufgrund personeller Änderungen habe man heute keinen Grund zur Klage über die Zusammenarbeit mit dem Kreis, so dass auch dies als Alternative für die weitere Arbeit geprüft werden müsse.

Aus dem Ausschuss wird festgestellt, dass die angegebenen Kosten von 160.000 € für eine Zusammenarbeit mit Wipperfürth im Bereich Bauaufsicht nicht gesetzt werden können. Es solle aber noch einmal mit Wipperfürth gesprochen werden, um alle Möglichkeiten auszuloten.

Herr Ufer weist darauf hin, dass der Kreis auch Planungssicherheit benötigt. Daher sollte die Entscheidung nicht zu lang aufgeschoben werden.

Beschluss:

Ein Beschluss wird nicht gefasst. Es soll zunächst zeitnah ein gemeinsames interfraktionelles Gespräch mit Wipperfürth stattfinden. In der Ratssitzung am 05.05. soll die Entscheidung über die Alternativen getroffen werden.

**zu 6 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW, überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Investitionsobjekt "Grundstücksangelegenheiten Schloß"
Vorlage: FB III/1462/2011**

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Möglichkeit genutzt werden sollte, den Rosengarten insgesamt zu sanieren. Ein Verzicht auf die Sanierung der Treppen und Mauerwangen würde die Neugestaltung des Rosengartens ad absurdum führen.

Aus dem Ausschuss wird angefragt, ob auch Mittel für die Sanierung anderer Wege, z.B. am Fürstenberg, zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch hier seien Wege in einem desolaten Zustand.

Nach einer breiten Diskussion über die Sanierung verschiedener Wege einigt man sich darauf, dass das Thema im Bauausschuss beraten werden sollte, wenn die Einplanung von entsprechenden Maßnahmen im Haushaltsplan ansteht.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst gemäß § 60, Abs. 1, Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land NRW einen Dringlichkeitsbeschluss zur überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 45.000,00 € bei dem Investitionsobjekt 5.000235.700.100.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.04.2011

Bürgermeister Uwe Ufer

Monika Winter
Schriftführer/in

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.